Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (TR/CR)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die „wahre SPD“
2. Wohnen
3. Russland
4. 15 Jahre nach dem NSU-Nagelbombenanschlag: Noch immer kein Mahnmal für die Opfer
5. Deutsche Exporte fallen wie seit 2015 nicht mehr
6. Neues “Soldaten-Lock-Gesetz”: Mit sicherem Sold und mehr Pflichtbewusstsein in künftige Kriege
7. Bis zum Hals im Sumpf der Parteienfinanzierung
8. Darum ist Stuttgart 21 das umwelt- und klimaschädlichste Infrastrukturprojekt weit und breit
9. “Carsharing”-Betrug durch leitende Bundeswehr-Mitarbeiter: Mindestens 900.000 Euro Schaden
10. Mikroplastik
11. Bayer-Präparat Roundup kann Nerven schädigen
12. Viel Arbeit, aber kein Job
13. Digitalisierung: „18-Jährige mit dem sozialen Reifegrad eines Kleinkindes“
14. Presserat rügt Bild.de
15. Big Brother Awards 2019: Von faustischen Pakten und Seriensiegern
16. Hoch lebe der Staatshumor
17. Nils Melzer zu Julian Assange
18. Der Favorit
19. Demo-Aufruf: Stopp Airbase Ramstein
20. Das Letzte: Absicherung: Macht zu viel Sozialstaat die Deutschen lethargisch?

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die „wahre SPD“**
   a. **Initiative „Die wahre SPD“ will Linksruck verhindern**
   Die Diskussion über eine Verstaatlichung von Firmen und Rot-Rot-Grün ruft

besorgte Genossen auf den Plan. Sie wollen „verhindern, dass auf dem nächsten Bundesparteitag nur über Linksaußen gestürmt wird“. „Uns eint der Wille zu verhindern, dass auf dem nächsten Bundesparteitag nur über Linksaußen gestürmt wird“, sagt der frühere nordrhein-westfälische Verkehrs- und Bauminister Michael Groschek im Gespräch mit FAZ.NET. Groschek hat die Initiative vergangene Woche mit ins Leben gerufen. Er gehört dem SPD-Bundesvorstand an und war bis vor einem Jahr Vorsitzender der nordrhein-westfälischen SPD. Nach Angaben Groscheks haben sich spontan unter anderem mehrere Bürgermeister, Geschäftsführer, ehemalige Wirtschaftsminister und Bundestagsabgeordnete der Initiative angeschlossen. (…) Im September will die Initiative eine Konferenz veranstalten, auf der Anregungen für den Bundesparteitag formuliert werden.
Quelle: FAZ

Anmerkung Christian Reiman: *Es war zu erwarten, dass sich gegen einen vermeintlich anstehenden “Linkskurs” der SPD Widerstand organisieren wird. Was Herr Groschek gegenüber “FAZ.NET” äußert, ist charakterisiert durch einen Mangel an Analyse und Geschichtsvergessenheit.*

Herr Groschek fordert, die SPD dürfe ökonomische Kompetenz nicht vernachlässigen. Hält er etwa z.B. die Privatisierungen im Rentensystem und die Benachteiligungen durch die “Hartz IV”-Gesetze für angemessen und anständig? Sind die Schaffung des größten Niedriglohnsektors innerhalb der EU und die Einführung eines löchrigen und viel zu niedrigen Mindeslohns gerecht? Das sind nicht die “Erfolge” von Konservativen und Neoliberalen (diese haben lediglich mitgewirkt), sondern das ist die Folge neoliberaler Politik der rot-grünen Schröder/Fischer-Regierung. Haben Leute wie Herr Groschek das vergessen oder halten sie die Bevölkerung schlicht für dumm?

b. **Das “wahre” SPD-Problem**
Als Sprecher der “Wahren SPD” stellte sich Michael Groschek zur Verfügung. Der 62-jährige ist Mitglied des Parteivorstandes der SPD, inzwischen ehemaliger Bauminister des Landes Nordrhein-Westfalen, von 2017 bis 2018 SPD-Landesvorsitzender. In der Eigenschaft als Landesvorsitzender sorgte er tatkräftig dafür, dass die Delegierten aus NRW – immerhin der größte Landesverband – beim Bundesparteitag in Bonn für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union stimmten.
Nun aber warnte er also vor einem Linksruck und davor, sich mit Enteignungen von Konzernen und Wohneigentum auseinander zu setzen. Die SPD, so Groschek,

müsse eine Partei der linken Mitte sein. (…) Kürzlich wurde Michael Groschek nun zum Vorsitzenden des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen gewählt. Der Verband hat seinen Sitz nahe des Berliner Regierungsviertels, seine Mitarbeiter beraten gern Bundes- und Kommunalpolitik in Sachen Immobilienwirtschaft. Doch für wen macht Groschek da eigentlich Politik? […] Groschek war vor seinem Eintritt in die Berufspolitik als Geschäftsführer eines Immobilienunternehmens tätig. Das politische Mandat inne gehabt zu haben, dürfte sich bei der Wahl zum Verbandspräsidenten sicher nicht negativ ausgewirkt haben. Wieder einmal entsteht der Eindruck, dass sich manche Politiker linker Parteien sehr gut mit den herrschenden Verhältnissen zu arrangieren wissen.
Quelle: Krisentheorie

2. **Wohnen**
   a. **Investoren fürchten Berliner Mietpreisstopp – Aktienkurse fallen**
   Der sogenannte Mietendeckel wirft seinen Schatten voraus: Aktien von Immobilienunternehmen führten auch an diesem Freitag wieder die Verkaufslisten an. Die Sorge vor einem Verbot von Mietsteigerungen in Berlin hatte am Vortag bereits einen Kursrutsch ausgelöst, der nun vor allem Unternehmen traf, die hauptsächlich auf dem Berliner Wohnungsmarkt aktiv sind. Allen voran sackte der Kurs der Deutschen Wohnen nochmals um 5,5 Prozent auf ein Tief seit März 2018 ab. Seit Mittwoch haben die Aktien fast 13 Prozent an Wert verloren. Auch andere Anteilsscheine aus dem Segment konnten sich dem Druck nicht entziehen. Gesellschaften wie Vonovia, Grand City, Aroundtown oder Adler Real Estate verloren deutlich an Wert. Europaweit fiel der Branchenindex Stoxx Europe 600 Real Estate um 0,3 Prozent. (…)
   Die Sorge der Anleger gilt der Aussicht, dass der Berliner Senat den Immobilienmarkt durch weitere Regulierungen so kompliziert machen könnte, dass die Renditen in keinem Verhältnis mehr zu den Risiken stehen. Weiter angefeuert wurden die Sorgen an diesem Freitag von der US-Bank Morgan Stanley, die die Aktie der Deutschen Wohnen wegen des starken Fußabdrucks am Berliner Markt auf “equal-weight” abstufte. Sollten Mieterhöhungen dort tatsächlich verboten werden, sähe das Ertragsprofil bei dem Unternehmen völlig anders aus, schrieb Analyst Bart Gysens. “Dann wäre die Aktie anfällig für eine deutliche Korrektur.” (…)
   Mit Immobilienaktien, allen voran den Berlin-fokussierten, konnten die Anleger in den vergangenen Jahren gut verdienen. So hatten sich die Papiere von Vonovia und Ado seit ihren Börsenstarts in den Jahren 2013 und 2015 jeweils fast verdreifacht. Wer 2008 zu Zeiten der Finanzkrise bei der Deutschen Wohnen

unter vier Euro investierte, hatte zuletzt sogar mehr als das Zehnfache im Depot.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung Christian Reimann: *Auch in der Wohnungswirtschaft gilt: Das Kapital ist scheu wie ein Reh.*

b. **Mietaktivisten : Die Globalisierung lokaler Kämpfe**
Mietaktivisten aus 20 europäischen Ländern treffen sich zum Austausch in Berlin. Ihre Forderung: Wohnen darf keine Ware sein. (…)
Sie sind Delegierte stadtpolitischer Gruppen und Teil des Netzwerks „European Action Coalition for the Right of Housing and to the City", das sich am Wochenende in Berlin trifft. Der Grund für die internationale Vernetzung ist simpel, gerät aber wegen des lokalen Charakters von Mietprotesten oft in Vergessenheit: Die Probleme, mit denen sich viele Mieter in Europa konfrontiert sehen – seien es Mieterhöhungen oder Zwangsräumungen –, manifestieren sich zwar lokal. Viele Verursacher aber agieren längst schon global: Finanzakteure, die Wohnungsmärkte als profitables Anlagefeld entdeckt haben.
Weil die Aktivisten dieser Herausforderung ebenso international begegnen wollten, gründeten sie 2013 die European Action Coalition beim Athener Alternativgipfel „Alter Summit" – also mitten in Krisenzeiten in der Hauptstadt Griechenlands, die besonders unter europäischen Sparzwängen leiden musste.
Quelle: taz

3. **Russland**
   a. **Nach Treffen mit Putin: Kretschmer verteidigt Sanktionen-Kritik**
   Sachsens Ministerpräsident Kretschmer hat bei einem Treffen mit Putin ein Ende der Russland-Sanktionen gefordert und damit massive Kritik auf sich gezogen. Jetzt legte er nach: Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer hat seine Forderung nach einem Ende der Wirtschaftssanktionen gegen Russland verteidigt. "Wir brauchen die Befriedung des Ukrainekonflikts, in dem jeden Tag Menschen sterben. Aber wir wollen, dass die Sanktionen so schnell wie möglich enden", sagte er dem MDR. "Diejenigen, die sich jetzt zu Wort melden und das mit sehr erhobenem Zeigefinger tun, sollten auch zur Kenntnis nehmen, dass es in den neuen Bundesländern eine eigene Meinung zu dieser Frage gibt, die gleichberechtigt neben anderen steht."
   Quelle: Tagesschau
   b. **Die NZZ verbreitet diplomatische Fake-News zu Russland**
   Der frühere Europarat-Botschafter Paul Widmer schreibt gegen das Stimmrecht Russlands im Europarat – mit falschen Fakten. Der ehemalige Schweizer

Botschafter beim Europarat in Strassburg zwischen 2007 und 2011, Paul Widmer, macht sich in der NZZ vom 6. Juni in seinem Gastkommentar «Europas Gewissen wankt» Sorgen um die Glaubwürdigkeit des Europarates. Denn es sei zu befürchten, dass dessen Parlamentarische Versammlung in Kürze Russland das Stimmrecht wieder zuerkennen werde. Die Aussenminister der 46 übrigen Mitgliedstaaten des Europarates haben dies auf ihrem Mai-Treffen in Helsinki vorgeschlagen, nachdem der Europarat Russland nach der Annexion der Krim das Stimmrecht entzogen hatte. Seit längerem zahlt Russland deshalb auch keine Beiträge mehr an den Europarat. Widmer fordert nun: «Einen Staat, der seinen Beitragsverpflichtungen zwei Jahre lang nicht nachkommt, muss der Europarat gemäss Satzung ausschliessen».
Diese Darstellung ist falsch, denn eine solche Bestimmung findet sich nicht in dessen Satzung.
Quelle: Infosperber

Anmerkung Albrecht Müller: *lesenswert.*

c. **Ein kleines Beispiel zu dezenter, medialer Parteilichkeit gegen Russland**
Beim Spiegel liest man heute einen Bericht über politische Entwicklungen in Moldau. Im Rahmen dieses politischen Themas ist es dann auch nachvollziehbar, eine Verlinkung zu Themen bzgl. des Staates Moldau und einen Link zu einem Artikel über die oligarchischen Zustände in dem Land in den Artikel einzupflegen. Das Einfügen eines Links zu allgemeinen Themen über Russland kann ich allerdings nur als einseitige, negative Bewertung des Autors deuten. Russland spielt in dem Artikel nämlich gar keine Rolle und des Weiteren gibt es nur diese 3 Links. Dass sich hinter den allgemeinen Themen über Russland eigentlich nur negative Nachrichten verbergen, versteht sich von selbst. Wie man sieht, zeigt sich die einseitig negative Darstellung Russlands bzw. das negative Denken der Journalisten über Russland also nicht nur in den Artikeln über Russland selbst.
Quelle: Maskenfall

4. **15 Jahre nach dem NSU-Nagelbombenanschlag: Noch immer kein Mahnmal für die Opfer**
Am 9. Juni 2004 explodierte in der Kölner Keupstraße eine Nagelbombe. Dabei wurden 22 Menschen verletzt, vier davon schwer. Erst 2011 wurde bekannt, dass der Anschlag auf das Konto des NSU geht. Der Jahrestag ist von Missstimmung überschattet. Denn bis heute hat die Stadt Köln keine Form des Gedenkens gefunden, die dem Leid der Opfer gerecht würde. Nur einmal machte sich kurz die Hoffnung auf ein gemeinsames

Gedenken breit, so Peter Bach von der Geschichtswerkstatt Mülheim: „Es war vielleicht 2014 so ein Gefühl aufgekommen: Die Stadtgesellschaft hat verstanden, wir gehen jetzt einen gemeinsamen Weg und dieses Gefühl war sehr stark." Damals, ein Jahr nach Beginn des NSU-Prozesses, hielt die Stadt eine große Gedenkveranstaltung unter dem Namen „Birlikte" – „Zusammenstehen" ab. Unter lauter medialer Begleitmusik wurden zahlreiche Stars aufgefahren, der Kölner Oberbürgermeister gab den Zeremonienmeister und sogar der Bundespräsident war zugegen. Ein Strohfeuer des Gedenkens, denn das Zusammenstehen währte nicht lange.
Quelle: Deutschlandfunk

5. **Deutsche Exporte fallen wie seit 2015 nicht mehr**
Schwierige Zeiten für den deutschen Außenhandel: Die Exporte sind im April so kräftig gefallen wie seit annähernd vier Jahren nicht mehr. Sie schrumpften um 3,7 Prozent zum Vormonat, wie das Statistische Bundesamt am Freitag mitteilte. Das ist der stärkste Rückgang seit August 2015. Demnach beliefen sich die deutschen Exporte auf 109,7 Milliarden Euro. Zum April 2018 war das allerdings nur ein Minus von 0,5 Prozent. Von Reuters befragte Ökonomen hatten statt 3,7 Prozent lediglich mit einem Rückgang von 0,9 Prozent gerechnet, nachdem es im März noch ein Wachstum von 1,6 Prozent gegeben hatte. Die Importe gingen ebenfalls zurück, und zwar um 1,3 Prozent Die Unternehmen drosselten ihre Produktion im April darüber hinaus so stark wie seit August 2015 nicht mehr. Industrie, Baubranche und Versorger stellten zusammen 1,9 Prozent weniger her als im Vormonat, wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte.
Quelle: WELT

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Die offensichlichste Gegenstrategie – durch ein stärkeres Wachstum der Binnenwirtschaft die Exportabhängigkeit der "deutsche[n] exportabhängige[n] Wirtschaft" zu verringern – wird zum x-ten Mal nicht einmal in Erwägung gezogen oder diskutiert. Stattdessen geht es sehenden Auges in die Rezession ("nun droht ein Minus [beim Wirtschaftswachstum]"). Blanke Inkompetenz? Oder doch die hartnäckige Weigerung, die eigenen ideologischen Vorurteile in Frage zu stellen?*

6. **Neues "Soldaten-Lock-Gesetz": Mit sicherem Sold und mehr Pflichtbewusstsein in künftige Kriege**
Bundestag beschließt Gesetz "zur nachhaltigen Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr". Ziel ist, mehr Soldaten für künftige Kriegseinsätze zu rekrutieren. Für den "Krisenfall" wurde schon mal das Kriegsrecht konkretisiert. (…)
Der wohlklingende Name täuscht. Im Kern geht es darum, das deutsche Militär

aufzustocken, aufzurüsten und auf Krieg zu trimmen. Der Entwurf instrumentalisiere marginale Verbesserungen in der sozialen Absicherung der Soldaten, um mehr Bewerber zu bekommen", fasste der Linke-Abgeordnete Matthias Höhn zusammen. Dabei entferne sich die deutsche Außenpolitik immer weiter von einer Entspannungspolitik. (…)
Neben der Linksfraktion votierte auch die AfD dagegen. Allerdings aus völlig anderen Gründen: Sie wollte die Arbeitszeitregelungen vollständig aus dem Gesetz streichen. Dafür hatte sie einen eigenen Antrag eingebracht. Heißt: Soldaten sollen ihrer Ansicht nach unbeschränkt eingesetzt werden dürfen. (…)
Im Gesamtpaket verabschiedete der Bundestag Änderungen von mehreren Dutzend Einzelgesetzen und Verordnungen. Darunter befindet sich auch das Wehrpflichtgesetz. In dieses sollte man einen Blick werfen. Es besagt, dass "im Spannungs- und Verteidigungsfall" die Wehrpflicht wieder greift, und zwar schon für Jugendliche ab 17 Jahren. Widersprüche gegen Musterungs- und Einziehungsbescheide haben dann keine aufschiebende Wirkung.
Quelle: RT Deutsch

Anmerkung Christian Reimann: *Die schwarz-rote Bundesregierung fährt – schon seit längerer Zeit und wohl nicht lediglich um US-Präsident Trump zu gefallen – einen Konfrontationskurs, insbesondere gegen Russland, aber auch gegen China. Nun erhält sie von der FDP offen Unterstützung. Die AfD scheint „einen Kampfauftrag" nicht zu scheuen und wird vermutlich demnächst den Druck in diese Richtung erhöhen. Keine guten Aussichten …*

7. **Bis zum Hals im Sumpf der Parteienfinanzierung**
Ach du liebes Grundgesetz: "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. … Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben." (1) Wie schön das klingt! Das Finanzgebaren der Parteien lässt sich aber mit den verfügbaren gesetzlichen Instrumenten gar nicht lückenlos überwachen – und sauber halten erst recht nicht. Die Rechnungshöfe haben zwar Prüf-, aber kein Weisungsrecht. Ihr Monitum bleibt weitgehend folgenlos. Die parteinahen Stiftungen haben im Jahr 2017 in aller Stille die gigantische Summe von 581,4 Millionen Euro aus der Staatskasse abgegriffen (2), doch kaum einer hat´s bemerkt. Die Medien, angeblich „Vierte Gewalt" im Staate? Versagen als Kontrollinstanz der Öffentlichkeit auf ganzer Linie.
Der „Qualitätsjournalismus" des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, von ARD-aktuell bis ZDF-heute, kommt seinem Informationsauftrag allenfalls dann nach, wenn staatliche Institutionen wie der Europarat eine Berichterstattung unumgänglich machen. (3)

Dann gibt sich die Tagesschauredaktion überrascht – von Missverhältnissen, die seit Jahr und Tag von Organisationen wie „abgeordnetenwatch.de“ (4), „Lobby Control“ (5) und „Transparency International Deutschland e.V.“ (6) angeprangert werden, ohne dass die Fernsehnachrichten sie jemals aufgegriffen hätten. (…)
Das Versagen der Nachrichtenredaktionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist ebenso systemtypisch wie die Fehlentwicklung in der Parteienfinanzierung selbst.
Quelle: Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.

8. **Darum ist Stuttgart 21 das umwelt- und klimaschädlichste Infrastrukturprojekt weit und breit**
   Wachstumswahn
   Die Philosophie von Stuttgart 21 entstammt einer Zeit als grenzenloses Wachstum ohne Rücksicht auf natürliche Grenzen, Umwelt- und Klimabelastungen noch wenig infrage gestellt wurde: Stuttgart 21 ist ein aus der Zeit gefallenes Fossil.
   CO2-Belastung: 3,5 bis 5,6 Millionen Tonnen bis 2050
   - durch gigantische Betonverbräuche beim Bau der 60 km Tunnel mit Wandstärken bis zu 1 Meter
   - durch über 1 Mio. LKW-Fahrten für Bauaushub und Transport von Tübbingen1
   - durch massive Verlagerung von Verkehr auf die Straße bei S21wegen des Rückbaus der Bahnhofskapazität um 35 bis 40 Prozent durch Halbierung der Gleiszahl von 16 auf 8

   Stickoxid-Mehrbelastung zwischen 600 und 1700 Tonnen bis 2050 als Folge der zu erwartenden Verkehrsverlagerungen
   Mehr Feinstaubemissionen: zwischen 560 und 750 Tonnen bis 2050
   als Folge der zu erwartenden Verkehrsverlagerungen (s.o.). Erste Messungen (in Zürich) zeigen darüberhinaus extrem hohe Feinstaubwerte in Tiefbahnhöfen. Für die noch viel stärker die Gesundheit gefährdenden Belastungen durch Ultrafeinstaub gibt es noch kaum valide Messmethoden, geschweige denn Grenzwerte.
   Dauerhaft erhöhter Stromverbrauch 12.000 kWh mehr Energie (= Tagesbedarf von 1 200 Haushalten) brauchen täglich Hunderte Züge, um die 17 Höhenmeter vom Tiefbahnhof auf die Kopfbahnhofebene zu überwinden. Hinzu kommt: in der riesigen Tunnelanlage von S21 verbrauchen schnell fahrende Züge doppelt so viel Energie wie auf freier Strecke.
   Überflutungsrisiko
   Durch verengte Wasserabflüsse und den Staudammeffekt des Bahnhofstrogs wird das

Überflutungsrisiko in der ohnehin hochwassergefährdeten Stadt massiv erhöht.
Quelle: K21

9. **"Carsharing"-Betrug durch leitende Bundeswehr-Mitarbeiter: Mindestens 900.000 Euro Schaden**
   Der Fuhrpark der Bundeswehr, ein Staatsbetrieb, hatte entdeckt, dass für einen bestimmten Kreis leitender Mitarbeiter seit dem Jahr 2005 ein Carsharing-Modell betrieben wurde, nachdem eine private Nutzung von Firmenwagen untersagt worden war.
   Mehr als 40 leitende Angestellte hätten zunächst weiter privaten Zugang zu Dienstwagen gehabt, obwohl es für den Wegfall Ausgleichszahlungen gegeben habe, hieß es. Zuletzt seien es noch neun Mitarbeiter gewesen. Für die Nutzung der Carsharing-Wagen sei weder ein kostendeckender Eigenanteil gezahlt worden, noch seien für den geldwerten Vorteil Steuern und Beiträge richtig abgeführt worden. Es gehe bei den Folgen der Nutzung um einen Geldbetrag von mindestens 900.000 Euro, heißt es in der Unterrichtung, die der Deutschen Presse-Agentur vorlag. Das Ministerium will den Fall der Staatsanwaltschaft übergeben, macht zur genauen Schadenshöhe aber keine Angaben.
   Quelle: RT Deutsch

   Anmerkung unseres Lesers U.D.: *Liegt hier eine schwere, strafbare Handlung wegen Verletzung der Aufsichtspflicht vor? Keine Privatperson würde bei diesem Schaden für den Staat straffrei bleiben – es sei, er ist BM für Verteidigung, im Vorstand bei einer Bank und in einem Automobil-Konzern „tätig".*

   Anmerkung Christian Reimann: *Insbesondere Frau Bundesministerin von der Leyen hat inzwischen mehrfach bewiesen, dass sie „ihrern Laden" nicht im Griff hat.*

10. **Mikroplastik**
    a. **People eat at least 50,000 plastic particles a year, study finds**
       Health effects of ingestion of microplastics via food, water and breathing still unknown (…)
       The true number is likely to be many times higher, as only a small number of foods and drinks have been analysed for plastic contamination. The scientists reported that drinking a lot of bottled water drastically increased the particles consumed.
       The health impacts of ingesting microplastic are unknown, but they could release toxic substances. Some pieces are small enough to penetrate human tissues, where they could trigger immune reactions.

Microplastic pollution is mostly created by the disintegration of plastic litter and appears to be ubiquitous across the planet. Researchers find microplastics everywhere they look; in the air, soil, rivers and the deepest oceans around the world.
They have been detected in tap and bottled water, seafood and beer. They were also found in human stool samples for the first time in October, confirming that people ingest the particles.
The new research, published in the journal Environmental Science and Technology, took the data from 26 previous studies that measure the amounts of microplastic particles in fish, shellfish, sugar, salt, beer and water, as well as in the air in cities.
The scientists then used US government dietary guidelines to calculate how many particles people would eat in a year. Adults eat about 50,000 microplastic particles a year and children about 40,000, they estimated.
Quelle: The Guardian

b. **Was machen Kunststoff-Partikel im Körper?**
Mikroplastik ist nicht nur ein Problem für die Umwelt. Auch wir Menschen nehmen Kunststoff-Partikel über die Nahrung auf. Unklar ist Biologen und Medizinern bislang, ob sie im Körper Schaden anrichten, zum Beispiel indem giftige Stoffe in die Blutbahn gelangen. Das soll nun verstärkt erforscht werden.
(…)
Ob die aufgenommenen Kunststoff-Partikel im Körper Schaden anrichten oder einfach nur ausgeschieden werden, ist damit aber noch nicht geklärt.
Theoretisch könnten die Partikel die Darmwand oder anderes Gewebe schädigen, falls sie scharfe Ecken und Kanten haben. Andererseits haften sich Schadstoffe gerne an Kunststoffe an. Durch die sauren Magensäfte könnten die wieder freigesetzt werden und in den Blutkreislauf gelangen. Und auch die Plastik-Teilchen selbst können je nach Kunststofftyp giftige Stoffe enthalten, die möglicherweise im Verdauungssystem freigesetzt werden. Bei all diesen Fragen steht die Forschung aber noch ganz am Anfang, meint Alfonso Lampen, Leiter der Abteilung Lebensmittelsicherheit am Berliner Bundesinstitut für Risikobewertung und Moderator der Konferenz.
Quelle: Deutschlandfunk

11. **Bayer-Präparat Roundup kann Nerven schädigen**
Das Pflanzenschutzmittel Roundup, vom US-Unternehmen Monsanto entwickelt, soll sich laut einer Studie des Uniklinikums Essen von Ende 2018 schädlich auf Nerven auswirken. „Unsere Versuche haben gezeigt, dass das Glyphosat-haltige Herbizid Roundup in Zellkulturen Nervenstruktur schädigt“, sagt Mark Stettner, Oberarzt für

Neurologie am Uniklinikum Essen, gegenüber der WirtschaftsWoche. Bei Einsatz von Roundup werde weniger Myelin gebildet, das die Nerven wie eine Schutzhülle umgibt. Stettner: „Die Nerven liegen dann förmlich blank."
Bei Menschen entstehe durch eine Reduktion von Myelin eine Nervenerkrankung, die zu Schmerzen und Lähmungen führen kann. Allerdings seien die Ergebnisse aus Tierversuchen nicht eins zu eins auf den Menschen übertragbar, sagt Stettner, der die Versuche mit dem Biologen Fabian Szepanowski durchgeführt hat. Bayer, inzwischen Eigentümer von Monsanto, ist die Studie bekannt.
Das Unternehmen erklärt, dass alle Wirkstoffe und Zubereitungen von Herbiziden von den Aufsichtsbehörden geprüft und zugelassen wurden. Hunderte Studien hätten die Sicherheit von Glyphosat bei sachgemäßer Anwendung bestätigt. Andere Arbeitsgruppen am Uniklinikum Essen konnten laut Stettner zeigen, dass Roundup toxische Stoffe wie die Schwermetalle Blei und Chrom enthält, welche eine Nervenschädigung auslösen können.
Bayer erkennt dagegen in der Studie keine Daten, die für ein Vorhandensein von Schwermetallen sprechen. Der Einfluss auf Zellen, der in der Studie zu beobachten sei, sei auf Anwendung eines Tensids zurückzuführen, das in Roundup enthalten ist und dafür sorgt, dass Wirkstoffe die Außenhaut von Unkrautblättern durchdringen können. Laut Bayer hat die US-Umweltbehörde EPA im Jahr 2009 keine Hinweise gefunden, dass diese Tenside schädlich für die Nerven seien. Stettner plant weitere Versuche und will epidemiologische Studien auswerten.
Quelle: WirtschaftsWoche

Anmerkung Christian Reimann: *Offensichtlich kommt immer mehr heraus, wie schädlich insbesondere das Monsanto-Mittel Roundup ist, Was haben sich die Bayer-Manager bloß bei dem Kauf/der Übernahme von Monsanto gedacht? Oder sind sie lediglich willige Vollstrecker der Investoren? Bitte lesen Sie dazu auch "Bayer und Co. – wer beschützt die Konzerne vor ihren Investoren?".*

12. **Viel Arbeit, aber kein Job**
Mütter verzichten dreimal während ihres Lebens auf Geld: während der Kindererziehung; während der Teilzeitarbeit und in der Rente. Da kommen schnell riesige Summen zusammen, erklärt Katrin Wilkens.
Mit "Mutter schafft! Es ist nicht das Kind, das nervt, es ist der Job, der fehlt" hat die freie Journalistin und Trainerin für Weiterbildung ein Buch zum Thema geschrieben hat. Darin beschreibt sie wie eine normal verdienende Frau mit einem Netto-Gehalt von 2800 Euro als Mutter bis zu 750.000 Euro für ihre Altersversorgung verliert. (…)
Dass Kinder das Armutsrisko in Deutschland erhöhen, ist eine Binsenwahrheit.

Entsprechend höher ist die Gefährdung für Frauen, im Alter von Armut betroffen zu sein, wie auch eine Übersicht der Bundeszentrale für politische Bildung belegt. Doch über Altersarmut unter Frauen wird immer noch viel zu wenig gesprochen. Ein "Kukident-Thema", sagt Katrin Wilkens: Niemand wolle sich gern damit beschäftigen: "Wenn man sagt 'Lass uns mal über Rente reden', da drehen alle sich sofort um."
Die Herausgeberin und Ethnologie-Professorin Irene Götz beschreibt in dem Buch "Kein Ruhestand. Wie Frauen mit Altersarmut umgehen" die Lebensumstände von Rentnerinnen in München. In der bayerischen Metropole sind 1350 Euro im Monat die Armutsgefährdungsgrenze, doch die meisten Frauen haben nur um die 700 Euro Rente im Monat. Das Problem ist hausgemacht, erzählt sie weiter: Die jetzige Situation sei auch eine "Folge der ganzen Minijobs." Langfristig brauche es daher "wieder Erwerbsarbeit, die sich lohnt."
Quelle: Deutschlandfunk Kultur

13. **Digitalisierung: „18-Jährige mit dem sozialen Reifegrad eines Kleinkindes"**
Michael Winterhoff zeichnet in seinem Buch „Deutschland verdummt" ein düsteres Bild des Bildungssystems. Dessen Umkremplung vor 20 Jahren habe dazu geführt, dass jungen Menschen heute wesentliche soziale Kompetenzen fehlten. Einige 18-Jährige hätten die psychische Reife eines Kleinkindes, sagte er im Dlf. (…)
Winterhoff: Also wir sind in einem Land, in dem wir oft in vieler Weise im Wahn sind, auch im digitalen Wahn sind. Das heißt, die Digitalisierung ist doch nur eine Technik, und mit der werden junge Menschen noch besser umgehen können als ältere Menschen. Und wir brauchen nicht Menschen, die die anwenden, das ist sowieso sehr einfach, sondern die kreativ sind und darüber verfügen, was man mit der Technik machen kann. So. Wenn es um die Entwicklung geht des Kindes, dann würde das Kind erst mal mit den Wahrnehmungsorganen die Welt wahrnehmen, auch haptisch wahrnehmen, und wenn ich jetzt schon das Kind im Kindergarten programmieren lasse oder in der Grundschule, dann geht es in das Gerät rein, ich brauche aber den psychischen, menschlichen Kontakt. Ich spreche nicht gegen eine Digitalisierung, sondern die Frage ist, wann macht was Sinn? (…) Diese Geräte haben eben die große Gefahr: Man kann alles sofort haben, man kann wegwitschen, wenn es mir zu schwer ist. Das entspricht letztendlich quasi der Säuglingsphase. Das heißt, wenn Kinder viel in diesen Geräten sind, dann können sie auch deshalb sich nicht entwickeln, und auch die Bewegung wird sehr reduziert, es sind dann nur noch Kinder, die im Moment leben.
Quelle: Deutschlandfunk

Anmerkung unseres Lesers M.H.: *Digitalfreie Zonen in Kindergärten und Schulen, fordert Winterhoff u.a.; dieser „Rufer in der Wüste" wird wohl leider ungehört bleiben,*

sieht man sich die derzeitige Digitalisierungspropaganda aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik an, die auf einen Info- und Konsumterror im digitalen Netz setzt!

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie zum Thema Digitalisierung u.a auch:*

a. *Die Digitalisierung ist ein Experiment an unseren Kindern.*
b. *Der gemeinsame Nenner von etablierten Medien und Politik: Gedankenlosigkeit. Sichtbar bei der Digitalisierung in den Schulen.*
c. *Der Digitalpakt wird unseren Kindern sehr schaden. Eigentlich unverantwortlich.*

14. **Presserat rügt Bild.de**
Der Deutsche Presserat hat "Bild.de" wegen der Veröffentlichung von Videosequenzen des Christchurch-Attentäters gerügt. Mit der Veröffentlichung habe "Bild.de" dem Attentäter die Bühne geboten, die er haben wollte. Damit habe die Redaktion gegen eine Richtlinie des Pressekodexes verstoßen, derzufolge sich die Presse nicht zum Werkzeug von Verbrechern machen darf. Zwar habe Bild unter dem Titel "17 Minuten Mordfeldzug" nicht die Taten selbst, sondern den mutmaßlichen Täter auf dem Weg zu den Moscheen und beim Laden seiner Waffe gezeigt. Dies reiche jedoch, um Assoziationen zu erzeugen, die weit über das berechtigte öffentliche Interesse hinausgingen. Auch die dramatisierte Schilderung und Bebilderung bedienten überwiegend Sensationsinteressen, so das Selbstkontrollorgan der deutschen Presse.
Quelle: Deutschlandfunk

Anmerkung unseres Lesers M.H.: *Geradezu umweltschädlich ist es, für dieses Propagandablatt Wälder abzuholzen, damit Lügen, Täuschungen, Desinformationen usw. in die Welt gesetzt werden.*

15. **Big Brother Awards 2019: Von faustischen Pakten und Seriensiegern**
Im letzten Jahr hatte das schwarz-grün regierte Bundesland Hessen einen Big Brother Award für den Hessentrojaner kassiert, in diesem Jahr "siegte" es mit Hessendata in der Kategorie "Behörden und Verwaltung". Die von der Firma Palantir gelieferte und adaptierte Software unterstützt eine vorausschauende Polizeiarbeit durch die Zusammenführung höchst unterschiedlicher Datenquellen. Vom Land Hessen für einen symbolischen Cent gekauft, erzeugt sie neben Hinweisen auf terroristische Tätergruppen vor allem Schulungskosten, gilt aber als großer Hoffnungsträger der künftigen Polizei-IT-Landschaft. Die Suche nach Gefährdern ist juristisch umstritten.
(…)
In der neuen Kategorie "Biotechnik" haben die Big Brother Awards einen Datenkraken geehrt, der sich auf die Familienzusammenführung spezialisiert hat. Im Dezember

2018 warnte der Datenschutzexperte Thilo Weichert vor den unzureichenden Datenschutzbestimmungen von Ancestry. Das auf Familienstammbäume spezialisierte Unternehmen bietet neben der Suche in Passagierlisten oder Kirchenbüchern gegen Aufpreis eine Gendatenanalyse an, damit die biogeografische Herkunft (PDF-Datei) einer Person ermittelt werden kann. (…) Neben der Firma Ancestry, die aus der Ahnenforschung herkommend in die Gen-Analyse eingestiegen ist, gibt es noch Firmen wie 23andme oder deCODEme, die sich ausschließlich mit Gentests beschäftigen, aber ebenfalls unklare Datenschutzbestimmungen aufweisen. Bekannt ist, dass 23andme seine Gendaten auch an pharmazeutische Unternehmen verkauft, die neue Medikamente entwickeln. Im Fall von Ancestry kommt nach Meinung der Big Brother-Jury erschwerend hinzu, dass die Firma keine, auch keine humangenetische, Beratung anbietet, wie sie nach dem deutschen Gendiagnostikgesetz vorgeschrieben ist. “Die deutschen Datenschutz- und Aufklärungspflichten werden aber von Ancestry aus Profitinteresse bewusst ignoriert. Wir sehen hier einen Trend: Nach der Ausbeutung von Internetdaten wird die Ausbeutung von Gendaten das nächste ganz große Ding”, heißt es in der Preisbegründung.
Quelle: heise online

16. **Hoch lebe der Staatshumor**
Claus von Wagner, neben Max Uthoff gastgebender Klinikchef der ZDF-Anstalt, erinnerte unlängst an die Definition seiner Kunstsparte: “Kabarett ist das Spiel mit dem erworbenen Wissenszusammenhang eines informierten Zuschauers.” Und im gleichen Atemzug erfolgte die Frage: “Doch was macht man, wenn über wesentliche Belange nicht, falsch oder manipulativ berichtet wird?”
In normalen Zeiten sind Journalisten dafür zuständig, Journalismus zu betreiben, während sich die Kabarettisten um das Kunsthandwerk der satirischen Nachrichtenbearbeitung kümmern. Doch wir leben in keinen normalen Zeiten. Die Ära Merkel hat die Republik umfassend sediert und sie in einen hypnotischen Dämmerzustand aus Opportunismus, Diskursverschleppung und Paralyse versetzt. Aus diesem Grund müssen politische Künstler sich nicht nur durch die wuchernden Fake-Narrative der politischen Macht kämpfen, sondern parallel auch noch die journalistischen Defizite der loyalen Leitmedien aufarbeiten.
Quelle: Telepolis

17. **Nils Melzer zu Julian Assange**
Journalist and publisher, Julian Assange is in dire physical and mental condition. He was to appear for his extradition hearing in London’s Westminster Magistrates’ Court Thursday last, but was deemed too ill to attend either in person or via video link from Belmarsh Prison. Assange has been held in isolation since his forced extraction from the Ecuadorian embassy April 11th, with few visits being allowed for his lawyers and

supporters.
On May 9th, United Nations Special Rapporteur on torture, Nils Melzer and "two medical experts specialised in examining potential victims of torture and other ill-treatment" were granted access and their assessment is a blistering indictment of both his current and would-be jailors.
Quelle: Gorilla Radio

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch "Anhörung zu Auslieferung von Assange an USA verlegt".*

18. **Der Favorit**
In Boris Johnsons Churchill-Biografie wird die Geschichte eines alternden Journalisten erzählt, der zum Politiker wird. Trotz seines Reichtums gelingt ihm nichts, bis er wegen einer nationalen Krise plötzlich Premierminister wird. Wenn alles gut läuft, will Johnson Mitte Juli seinen Helden nachahmen. Das in einer nationalen Krise, die er selbst mit produziert hat. (…)
Sollte Johnson im Juli Premierminister werden, ist damit zu rechnen, dass er umgehend mit zahlreichen Aufmerksamkeit heischenden, aber folgenlosen Aktionen aufwartet, um im Oktober eine „No Deal"-Krise auszurufen, durch die er wenigstens ein Freihandelsabkommen mit der EU zu erreichen hofft. Solange Farages Partei am Start ist, kann er keine Wahl riskieren und muss in härterer Form als May „den Brexit liefern".
Ohne sich von seinen endlosen Possen vereinnahmen zu lassen, bleibt als Fazit, dass es sich bei Johnson um einen proatlantischen Sozialliberalen handelt, der wohl mit der Sparpolitik brechen wird, die seit 2010 Kern der Tory-Doktrin ist. Er verkörpert eine Klasse, die in Eton oder anderen Elite-Universitäten herangebildet wurde und deren Sprech- und Denkweise von der Illusion zehrt, noch immer ein Weltreich zu lenken. Weil kein Weltreich mehr da ist, muss die Illusion durch Ironie – deshalb das Possenreißen – erhalten werden. Anstelle der harten Schufterei, die Imperialismus mit sich bringt, statt sich in der Wüste abzurackern oder in einem Büro der Eisenbahnverwaltung in Kalkutta zu schmoren, hat Johnsons Generation immer nur die Kriegsfilme zu sehen bekommen. In der Biografie über den Mann, der das Land durch den Zweiten Weltkrieg führte, schreibt der Autor, alle jungen Tories wollten Churchill sein.
Quelle: der Freitag
19. **Demo-Aufruf: Stopp Airbase Ramstein**
Am Samstag, den 29. Juni ab 13 Uhr, Beginn am Haus des Bürgers in Ramstein-Miesenbach, demonstrieren wir zum fünften Mal. Wir fordern:

Nein, die Umwelt darf nicht weiter zerstört werden, durch gesundheitsgefährdenden Lärm durch die Militärflugzeuge, verschmutztes Grundwasser, Feinstaub und Emissionen.
Wir wollen keine völkerrechtswidrigen Drohneneinsätze, die von der Air Base Ramstein koordiniert werden und hauptsächlich Zivilisten töten.
Die Air Base darf nicht länger die Einsatzzentrale für weltweite Kriege sein – sei es gegen den Iran, gegen Syrien oder Irak. Wir sagen nein zu NATO/US-Kriegen.
Ja sagen wir zu einer Welt ohne Atomwaffen – wir wollen auch keine neuen US-Atomwaffen in Europa und auch keine „modernisierten" Atomwaffen.
Wir wollen leben, in Gerechtigkeit und Frieden. Dafür treten wir ein, laut und immer wieder.
Deshalb demonstrieren wir am 29.06.2019 für Frieden und Abrüstung und gegen Krieg.
Hoffentlich auch mit Dir. Viele verändern vieles, wenige nur einiges. Daher sei auch Du dabei, wenn wir vor die Tore der Air Base Ramstein ziehen und gegen die größte Kriegsdrehscheibe demonstrieren.
Quelle: Ramstein-Kampagne

20. **Das Letzte: Absicherung: Macht zu viel Sozialstaat die Deutschen lethargisch?**
Zwischen all den wenig erstaunlichen Statistiken fiel mir eine Zahl auf. Bei ihr geht es um die Zustimmung zur Frage „Wie wichtig ist Ihnen, dass vom Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet wird?" 61 Prozent sagten „sehr wichtig". 2005 waren es nur 32 Prozent, die sich für die (damals mögliche) Option „besonders wichtig" entschieden. Woher kommt der enorme Zuwachs? Warum möchten heute so viel mehr Menschen in unserem ohnehin ausgeprägten Sozialstaat noch mehr Verantwortung an den Staat abgeben? Wirtschaftliche Gründe kann es kaum geben: Wir durchleben eine ökonomisch starke Periode, die Arbeitslosigkeit ist auf einem Tiefstand, die Anzeichen einer Rezession, die es mittlerweile gibt, waren zum Zeitpunkt der Umfrage noch nicht erkennbar. Vielleicht sind es psychologische Gründe?
Quelle: Welt

Anmerkung Tobias Riegel: *Das Mantra der Neoliberalen in Reinform – „uns" geht es gut, ein Sozialstaat verweichlicht die Menschen und die soziale Ungleichheit ist eigentlich nur ein Gefühl.*